

Sommergespräch mit Gouverneur Luis Durnwalder

# Dunkle Wolken am Horizont

*Die Südtiroler Politiker haben sich in die Sommerpause verabschiedet, auch Gouverneur Luis Durnwalder verbringt einige termingeladene Wochen im „Urlaub“ in seinem Refugium in Pfalzen. Dennoch hat er sich Zeit für ein ausführliches Sommergespräch mit Radio Holiday und der PZ genommen. Dabei kamen eine ganze Reihe von wichtigen Themen zur Sprache, die abgearbeitet werden müssen. Auch bei den Treuhandgesellschaften, an denen Politiker, darunter Vize-Gouverneur Hans Berger, beteiligt sein sollen, hat Reinhard Weger genauer nachgefragt.*

**RW:** Herr Gouverneur, Sie waren vor Kurzem gleich mehrfach in Rom. Wie ist dort die Stimmung und wie schwer wirkt sich die römische Finanz- und Wirtschaftskrise auch auf Südtirol aus?

**Durnwalder:** Ich bin normalerweise einmal pro Monat in Rom, in letzter Zeit sogar öfter. Es galt, einige Probleme zu lösen. Der große Schuldenberg des römischen Staates bereitet mir sehr große Sorgen. Die Situation ist ernster als viele glauben. Es ist höchst an der Zeit, dass die römische Regierung endlich aufwacht und wirksame und einschneidende Gegenmaßnahmen ergreift. Das Sparpaket im Ausmaß von 79 Mia Euro wird nicht reichen, da kommt noch einiges mehr. Anders wird die Situation wohl nicht mehr in den Griff zu bekommen sein. Italien hat rund 1.800 Mia Euro Schulden, was dem 1,2-Fachen des gesamten Bruttoinlandsproduktes entspricht. Das ist ungeheuerlich und eine schwere Bürde für das Land. Was die Bewertung der wirtschaftlichen Situation betrifft, bin ich allerdings nicht so pessimistisch eingestellt wie viele andere, weil die Wirtschaftskraft des Nordens besonders ausgeprägt ist. Und das stützt das Land. Das macht auch den großen Unterschied zu Griechenland und Irland aus. Insofern ist zu hoffen, dass die Maßnahmen greifen und die römischen Politiker endlich ihrer Aufgabe gerecht werden.

**Damit hängt Südtirol auch mit drin. Wie wirkt sich die aktuelle Schuldenkrise auf Südtirol aus?**

Dank der Autonomie sind wir in einer an-

deren Situation. Wir haben Vollbeschäftigung, kaum Schulden und eine breit aufgestellte Wirtschaftssituation. Aber wenn das Boot untergeht, dann gehen auch jene unter, die in der ersten Klasse sitzen. Das muss uns bewusst sein. Insofern müssen auch wir größtes Interesse daran haben, dass Italien seine Probleme löst. Wir werden auch unseren Beitrag dazu leisten, und zwar im Rahmen des Mailänder Abkommens.

**Sie sagen, dass das Land Südtirol kaum Schulden habe. Das trifft auf die Landesverwaltung, aber nicht auf die Gemeinden zu. Diese sind zum Teil hoch verschuldet. Kam es also zu einer reinen Verlagerung der Schuldenlast? Was wird getan, um den Schuldenberg der Gemeinden abzutragen?**

Ich weiß, dass einige Oppositionsparteien dem Land die Schuld für die Gemeindefinanzschulden in die Schuhe schieben möchten, aber dagegen verwehre ich mich ausdrücklich. Das sind zwei völlig unterschiedliche Situationen. Wenn die Gemeinden Schulden machen, kann doch das Land nichts dafür. Die Gemeinden haben in den letzten Jahren viel investiert. Das waren eigenständige Entscheidungen der Gemeinden, wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag geleistet. Im Übrigen ist es ja nicht so, dass die Gemeinden die Zahlungsunfähigkeit riskieren, zumal die Gemeindefinanzierung durch die Pro-Kopf-Quote auf stabilen Füßen steht. Es gilt nun aber, diese Investitionskosten zu amortisieren und die Schulden zu reduzieren. Die Bürgermeister und Gemeindeverwalter haben dabei ein großes Verantwortungsbewusstsein an den Tag gelegt und ein Modell vorgeschlagen, wie die Schulden in zehn Jahren komplett abgetragen werden können. In Zukunft werden keine Kredite bei Banken mehr aufgenommen, sondern jede Gemeinde bezieht notwendiges Investitionskapital aus einem Rotationsfonds, der zu 50 Prozent von den Gemeinden selbst über die Rückzahlungen und zu 50 Prozent vom Land gespeist wird. So wurde ein Entschuldungsprogramm ausgearbeitet, das die Zinslast eindämmt und die Schuldentilgung, so-

wie das Investitionsprogramm genau aufeinander abstimmt. Das Programm sieht vor, dass in 10 Jahren die Schulden abgetragen sind. Das ist verantwortungsvolle Politik, die nachhaltig wirkt.

**Zurück zum römischen Schuldenberg, der derzeit die Medien in Italien beherrscht: Es gibt in Südtirol verschiedene Parteien, die mit einem Freistaat Südtirol, der Selbstbestimmung und einer Rückkehr zu Österreich liebäugeln. Unter anderem wird auch die prekäre wirtschaftliche Situation Italiens ins Feld geführt. Was sagen Sie dazu?**

Das ist politischer Unsinn. So geht es nun wirklich nicht. Bei derartigen Fragen müssen die internationalen Bestimmungen, die internationalen Verträge und auch die Verfassung genau studiert werden. Es geht nicht an, ein derart sensibles und heikles Thema für populistische Zwecke missbraucht wird. Nur weil der italienische Staat einen hohen Schuldenberg abzutragen hat, kann doch nicht die Lösung von Italien eingefordert werden. Dafür gäbe es international absolut keine Unterstützung. Nicht einmal Österreich würde das mittragen. Der international verankerte Pariser Vertrag sieht vor, dass Südtirol mit einer Vollautonomie ausgestattet wird. Solange Italien dies einhält und die Autonomie nicht beschneidet, können wir nicht einfach aus diesem Vertrag aussteigen. Man muss in der Politik schon mit beiden Beinen auf dem Boden stehen und konkrete Dinge einfordern. Wir können in Europa doch nicht ins Mittelalter zurückkehren, wo jeder sein Fürstentum regierte. Diese Zeiten sind vorbei. In der Sache haben wir Politiker eine große Verantwortung. Wir dürfen den Leuten nicht einfach etwas vormachen, sondern müssen ihnen die Wahrheit sagen. Das gebietet auch der politische Anstand. Und da müssen einige Oppositionsparteien noch einiges dazulernen.

**Im Ahrntal läuft derzeit eine Volksbefragung über das Thema. Was halten Sie dann davon?**

Die Frage ist, was soll mit der Volksbefragung erreicht werden. Was ist das Ziel? Und da muss ich schon sagen, dass ich

bis dato nicht recht schlau geworden bin. Ich war selbst im Ahrntal, habe mich der Diskussion gestellt. Ich bin der Meinung, dass die Volksbefragung im Ahrntal eine reine Propagandamasche der Südtiroler Freiheit ist. Ein politisches Manöver. Ein gefährliches obendrein. Weil sich – egal wie die Befragung ausgehen wird – momentan und unter den gegebenen Umständen nichts am aktuellen Status quo ändern wird.

**Reden wir auch über die SVP selbst. Dort gibt es offensichtlich auch intern einiges zu bereinigen. Vor allem Ihr Kollege Karl Zeller fühlt sich von Ihnen offensichtlich an die Wand gedrückt, wenn man den jüngsten Vorfällen und Aussagen Glauben schenken kann. Im Zuge einer Parteiausschusssitzung kam es zum offenen Streit zwischen Ihnen und Zeller. Das Wochenmagazin „FF“ hat daraus sogar den Auftakt zum Durnwalder-Abschuss ausgemacht. Was ist also dran an der Sache?**

Naja, das Wochenmagazin „FF“ scheint die Wahrheit wohl gepachtet zu haben und muss besonders schlaue Journalisten beschäftigen, die immer alles wissen. Aber Ironie beiseite: Es wird doch möglich sein, innerhalb der zuständigen Partiegremien auch unterschiedliche Positionen darlegen zu können. Das ist doch genau das, was wir wollen, sollte aber auch parteiintern bleiben. Es kann nicht sein, dass derartige parteiinterne Auseinandersetzungen medial weitergetragen und ausgeschlachtet werden. Das zum einen. Was die kolportierte Nachfolge betrifft, bleibe ich bei meiner Aussage. Ich trete bei den nächsten Wahlen nicht mehr an, außer es passiert etwas Unvorhergesehenes, welches meine Kandidatur notwendig macht. Dabei bleibe ich. Ich mache liebend gerne Platz, zumal es eine ganze Reihe von potenziellen Kandidaten gibt, die das Amt des Landeshauptmannes ausüben könnten. Es ist richtig und auch zulässig, dass über eine Nachfolge parteiintern rechtzeitig diskutiert wird.

**Wer sind Ihre Kronprinzen?**

Ich werde mit Sicherheit keine Namen nennen. Das steht mir auch nicht zu. In der Angelegenheit ist es wichtig, dass die Basis ein gewichtiges Wort mitredet, dann die Partiegremien ihre Entscheidungen treffen und schließlich gemeinsam der Spitzenkandidat nominiert wird.

**Reden wir auch über ein weiteres Thema, das derzeit die Gemüter er-**

**hitzt: die Politikergehälter. Warum wird das leidige Thema nicht endlich geklärt?**

Wir müssen endlich aufhören, Sozialneid zu schüren. Am lautesten schreien die Oppositionspolitiker, die aber jeden Monat denselben Lohn einstecken. Ich habe noch nie gesehen, dass auch nur einer von ihnen sein Gehalt freiwillig gekürzt oder einem guten Zweck zugeführt hätte. Wir müssen aber realistisch bleiben: Das Gehalt des Landeshauptmannes ist meiner Meinung nach ein schönes Gehalt, aber gerechtfertigt. Er ist verantwortlich für ein Gesamtbudget von rund 5,4 Mia Euro und ist der weitestgrößte Betrieb im Land. Auch ist der Landeshauptmann verantwortlich für die Entwicklung des Landes. Wenn man berücksichtigt, dass die Direktoren der großen heimischen Banken dreimal so viel verdienen als der Landeshauptmann, auch verschiedene Genossenschaftsdirektoren, Ärzte und Betriebsleiter wesentlich mehr verdienen, dann muss die Diskussion auf eine andere Ebene gehoben werden. Auch die Landesräte verdienen ihr Geld ehrlich und das Gehalt ist meiner Meinung nach durchwegs gerechtfertigt. Man sollte endlich aufhören, billige Polemik zu machen. Gute Arbeit sollte auch etwas wert sein. Wenn schon, dann müssen wir das politische System ändern, um die Entschädigungen zu reduzieren. Ob das aber gewollt und sinnvoll ist, das ist freilich eine andere Sache. Wenn die Landtagsabgeordneten ihre politische Tätigkeit zum Beispiel im Nebenberuf ausüben, dann könnte man von einem fixen Gehalt absehen und stattdessen ein Sitzungsgeld samt Spesenersatz einführen. Dann würden die Abgeordneten statt 6.300 Euro netto rund 3.000 Euro pro Monat erhalten. Das wäre dann eine einschneidende Kürzung.

**Sie haben die Ärzte erwähnt. Diesbezüglich gilt es ein Thema aufzuarbeiten, das eng mit der Sanitätsreform zusammenhängt. Es gibt auch in Südtirol immer häufiger Klagen über die langen Wartezeiten an den Spitälern. In Deutschland wurde kürzlich eine Erhebung zu dem Thema gemacht, wo nachgewiesen wurde, dass Ärzte durchwegs ein Interesse daran haben, die Wartezeiten in den öffentlichen Strukturen zu verlängern, um Patienten auf ihre privaten Einrichtungen umzuleiten. Ist das in Südtirol auch der Fall?**

Das schließe ich aus. Da wird oft enorm übertrieben und auch die Medien bauen derartige Vorkommnisse mitunter auf. Wir haben eine genaue Rangordnung und ein Kategoriensystem, das die Wartezeiten definiert. Da ist genau definiert, was keinen Aufschub duldet und sofort behandelt werden muss. Es wurde aber auch festgelegt, was auf einen Termin innerhalb einer Woche, eines Monats oder auch eines halben Jahres programmiert werden kann. Diese Zeiten müssen respektiert werden. Wir verfügen über ein gutes Sanitätssystem, um das uns viele beneiden. Es ist zudem unser Ziel, die Versorgung so zu gestalten, dass wir sie für alle in derselben Qualität anbieten können. Das ist ein enormer Kraftakt, der auch viel Geld kostet. Daher ist es wichtig, überall dort zu sparen, wo es sinnvoll und möglich ist, aber nicht auf Kosten der Qualität und der Menschen. Wir geben im Land im Durchschnitt pro Person 2.300 Euro pro Jahr aus, in Österreich sind es 2.600 Euro, in Deutschland gar 3.600 Euro, aber da sind die Universitätskliniken mit drin. Italien gibt für sein Gesundheitssystem im Schnitt 1.500 Euro pro Person und Jahr aus, aber den Unterschied merkt man.



Gouverneur Luis Durnwalder

Foto: rewe

Zum Schluss noch ein heißes Thema, das vielfach diskutiert wird. Die Rede geht von den Treuhandgesellschaften. Damit schon einmal die richtige Marschroute eingeschlagen wird: Herr Gouverneur, sind Sie Mitglied in einer Treuhandgesellschaft?

Nein, bestimmt nicht. Ich hätte auch keine Schwierigkeit, es zu sagen. Ich investiere mein Geld in anderen Bereichen und jeder kann nachschauen, was ich besitze. Meine Vermögensverhältnisse sind für jeden einsehbar und ich mache auch gar kein Geheimnis daraus. Schließlich hat jeder das Recht, sein ehrlich verdientes Geld zu sparen und zu investieren.

**Das mit den Treuhandgesellschaften ist aber so eine Sache: Sie sind in ganz Europa üblich, absolut legal aber haben einen moralisch anrüchigen Beigeschmack. Weil man im Grunde nicht weiß, wer dahintersteckt. Und das nährt natürlich gewisse Vorurteile. Die Konsequenzen bekommt der-**

**zeit Ihr Stellvertreter Hans Berger mit voller Wucht zu spüren.**

Wir haben die Materie mittlerweile per Gesetz geregelt. Demnach müssen alle Mitglieder von Treuhandgesellschaften offengelegt werden, wenn um einen öffentlichen Beitrag, einer Genehmigung oder einer Konzession beim Land angesucht wird. Das ist auch notwendig, um sicherzustellen, dass sich hinter Treuhandgesellschaften nicht Verbrecher, die Mafia oder andere finstere Gesellen verbergen. Auch muss klar sein, dass sich kein Politiker durch eine Treuhandgesellschaft einen Vorteil verschaffen darf. Das ist eine moralische Frage. Insofern ist klar, dass kein Politiker einer Treuhandgesellschaft angehören darf, die einen Beitrag, eine Konzession oder Genehmigung vom Land erhält.

**Damit sind wir beim Blockheizkraftwerk in Sand, das über eine Treuhandgesellschaft betrieben wird, an der auch Hans Berger beteiligt ist.**

**Schließen Sie aus, dass für dieses Werk ein Beitrag oder eine Konzession vom Land erteilt wurde?**

Das Konzessionswesen für Blockheizkraftwerke ist genau geregelt und Beitrag hat es vonseiten des Landes dafür auch keinen gegeben. Das wurde mir von den zuständigen Beamten, die ich in der Angelegenheit befragt habe, ganz klar bestätigt. Es ist absolut nichts dran an der Sache. Das wird wie eine Seifenblase platzen. Die Treuhandgesellschaften sind absolut legal, funktionieren im Grunde wie Banken, die für ihre Anlagen in Aktien oder Liegenschaften investieren. Eine Treuhandgesellschaft macht nichts anderen und schon gar nichts Illegales. Das muss schon klar sein. Es scheint aber in Mode zu kommen, Gerüchte zu streuen und Leute in Misskredit zu bringen. Das muss endlich aufhören.

**Herr Gouverneur, danke für das Gespräch und im Namen der PZ und Radio Holiday einen schönen Sommerurlaub!**